

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 28.01.2015 im Ratssaal des  
Friedrichsbau, Bühl, Friedrichstraße 2,

Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 19:40 Uhr

- - - - -

### Anwesend sind:

#### **Vorsitzender**

Oberbürgermeister Hubert Schnurr

#### **Gremiumsmitglied**

Stadträtin Barbara Becker

Stadtrat Stefan Böckeler

Stadtrat Bernd Broß

Stadträtin Dr. Margret Burget-Behm

Stadtrat Prof. Dr. Karl Ehinger

Stadtrat Franz Fallert

Stadtrat Daniel Fritz

Stadtrat Peter Hirn

Stadtrat Lutz Jäckel

Stadtrat Hans-Jürgen Jacobs

Stadtrat Patric Kohler

Stadtrat Ludwig Löschner

Stadtrat Manfred Müller

bis 19:00 Uhr anwesend

Stadtrat Ulrich Nagel

Stadtrat Michael Nock

Stadtrat Hubert Oberle

Stadtrat Dr. Jan Ernest Rassek

Stadtrat Walter Seifermann

Stadtrat Peter Teichmann

Stadtrat Johannes van Daalen

Stadtrat Thomas Wäldele

Stadträtin Dr. Claudia Wendenburg

Stadtrat Jörg Woytal

Stadträtin Ursula Zink-Ohnemus

#### **Ortsvorsteher**

Ortsvorsteher Georg Feuerer

Ortsvorsteher Daniel Fritz

Ortsvorsteher Manfred Müller

Ortsvorsteher Wolfgang Regenold

#### **Verwaltung**

Finanzen, Johanna Balaskas

Bau- u. Gebäudemanagement,

Daniel Back

Rechts- und Ausländerwesen,

Elisabeth Beerens

Baurecht/Wirtschafts- und Strukturförderung,

Corina Bergmaier

Bürgerservice, Andreas Bohnert

Steuern und Beiträge, Michael Burkart  
Pressesprecher, Timo Deible  
Bildung, Kultur, Generationen, Klaus Dürk  
Stadtentwicklung, Bauen, Immobilien,  
Wolfgang Eller  
Finanz- und Rechnungswesen,  
Albert Gärtner  
1. Beigeordneter, Wolfgang Jokerst  
Personal und Organisation, Jutta Luft  
Tiefbau, Umwelt und Verkehr,  
Michael Pfeiffer  
Zentrale Dienste, Reinhard Renner  
Stadtplanung, Hochbau und Klimaschutz,  
Barbara Thévenot  
Bau- und Gebäudemanagement,  
Eckhard Vandersee  
Protokollführer, Marc Vollmer  
Beteiligungsmanagement, Jörg Zimmer

**Zuhörer/innen** 11

**Presse** 5

**Entschuldigt fehlen:**

**Gremiumsmitglied**

Stadtrat Timo Gretz

Stadtrat Oswald Grißtede

## **Tagesordnung**

1. Bürgerfragestunde
2. Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 17. Dezember 2014 gefassten Beschlüsse
3. Einbringung des Haushalts 2015;  
Haushaltsrede des Oberbürgermeisters
4. Sachstandsbericht Eröffnungsbilanz
5. Mitgliedschaft im Gemeinderat; Nachrücken von Herrn Patric Kohler
6. Verpflichtung von Stadtrat Patric Kohler
7. Besetzung der Ausschüsse und der weiteren Gremien, in denen Mitglieder des Gemeinderats beteiligt sind
8. Wahl der Stellvertreter des Ortsvorstehers von Vimbuch
9. Hauptsatzung der Stadt Bühl; Beschluss der 13. Änderungssatzung
10. Neufassung der  
Friedhofssatzung und der Satzung über die Erhebung von Gebühren  
im Bestattungswesen -Bestattungsgebührenordnung-
11. Erhöhung der Elternentgelte für die städtischen Kindertageseinrichtungen
12. Neubau RÜB „Bühler Seite“ in Altschweier;  
Vergabe der Ingenieurleistungen
13. Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft zur Unterhaltung des Deportiertenfriedhofs in  
Gurs/Frankreich
14. Öffentlich rechtliche Vereinbarung zwischen dem Regionalverband Mittlerer Oberrhein  
und den Städten Baden-Baden, Bühl, Gaggenau, Gernsbach und Rastatt aus Anlass der  
Ansiedlung eines Möbelhauses in Rastatt an der Rauentaler Straße
15. Spenden und Zuwendungen an die Stadt Bühl von Anfang Oktober bis Dezember 2014  
(+ Nachträge 2013/14)
16. Berichte und Anfragen

## **Oberbürgermeister Schnurr eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.**

### **Bürgerfragestunde**

Von den anwesenden Bürgerinnen und Bürger werden keine Fragen an die Verwaltung gerichtet.

### **Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 17. Dezember 2014 gefassten Beschlüsse**

Oberbürgermeister Schnurr gibt die in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 17. Dezember 2014 gefassten Beschlüsse (Prot Nr. 185 bis 188) bekannt.

### **Einbringung des Haushalts 2015; Haushaltsrede des Oberbürgermeisters**

Oberbürgermeister Schnurr bringt mit nachfolgender Haushaltsrede den Haushalt 2015 in den Gemeinderat ein:

„Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
meine Damen und Herren,

wir haben das neue Jahr in den ersten Wochen mit allerlei Festivitäten und Empfängen begrüßt, gute Wünsche formuliert und sicherlich auch viele nützliche Vorsätze gefasst. Heute Abend darf ich Sie zur ersten Sitzung des Gemeinderats im neuen Jahr 2015 herzlich willkommen heißen. Als Einladung zur Arbeitsaufnahme stelle ich Ihnen den Haushaltsentwurf 2015 vor, der einerseits zwar zeigt, dass wir immer noch in einer schwierigen Phase sind, andererseits jedoch etliche positive Parameter für die Zukunft enthält.

Gleich zu Beginn meiner Amtszeit haben wir die Gewerbesteuersätze um 30 Prozentpunkte angehoben, was unsere Einnahmensituation um ca. 2,4 Mio. € dauerhaft erhöhte. Wir haben Ende 2012 das Haushaltskonsolidierungsprojekt „Bühl 2016“ auf den Weg gebracht, mit dem Ziel 5 Mio. € Haushaltsentlastungen durch strukturelle Kosteneinsparungen und durch Einnahmenerhöhungen aus Verwaltungsgebühren, Entgelten und Steuern bis Ende 2016 zu realisieren. Naturgemäß haben wir bis zum heutigen Tag noch nicht den Zieleinlauf durchquert. Zur Halbzeit haben wir jedoch bereits die Hälfte der Vorgaben erreicht: ein Haushaltsentlastungsvolumen von 2,5 Mio. € pro Jahr. In der Summe haben wir seit 2012 rund 5 Mio. € Haushaltsentlastung generiert. Die ersten Etappen sind erfolgreich abgeschlossen, das ist auch aus dem vorgelegten Haushalt ersichtlich. Wir sind auf dem richtigen Weg. Bühl ist strukturell gesund, deshalb mussten wir auch in Jahren mit schwierigen Parametern die Menschen in dieser Stadt nicht zu stark belasten. Das ist ein deutlicher Unterschied zu anderen Städten. Unser Blick hat sich nicht nur auf die Einnahmenseite gerichtet. Vielmehr haben wir genauso intensiv die Kosten betrachtet. Bei den Sach- und Personalkosten konnten wir signifikante Reduzierungen erreichen. Durch eine konsequente und strukturierte Aufgabenkritik werden wir in diesem Jahr weitere Einsparpotenziale erschließen. Dabei müssen auch Leistungen auf den Prüfstand. Dafür werden wir zusammen mit Ihnen Prioritäten festlegen. Wenn wir den eingeschlagenen Weg fortsetzen, werden wir die anvisierten Ziele erreichen. Zumal die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen positiv sind. Die Prognosen für Deutschlands Konjunktur sind robust.

Bei einer Wachstumserwartung an das BIP (Bruttoinlandsprodukt) für 2015 von 1,5 Prozent haben Unternehmer und Börse inzwischen eine noch positivere Grundstimmung. Der sogenannte ifo-Index, der die Geschäftserwartung der deutschen Unternehmer widerspiegelt, war noch im Sommer von Pessimismus geprägt. Inzwischen steigt er seit Oktober kontinuierlich. Auch der deutsche Aktien-Index (DAX) zeigt sehr zuverlässig, wie sensibel Börse und Unternehmen auf politische Entwicklungen reagieren. Der DAX erzielt Bestwerte, vor wenigen Tagen übertraf er die Zehntausend-Punkte-Marke. Wie sich die Abkehr der Schweiz von einem festen Wechselkurs und das Wahlergebnis aus Griechenland auf den Euro-Raum auswirken werden, darüber diskutieren allerorten die Finanz- und Regierungschefs – die nächsten Monate werden es zeigen. Um die deutsche Wirtschaft brauchen wir uns jedoch aller Voraussicht nach keine Sorgen zu machen. Die Arbeitsmarktzahlen, ganz besonders die für Bühl, tragen zu den allgemein guten Rahmenbedingungen bei.

In Bühl haben wir mit einer Arbeitslosenquote von aktuell 2,4 Prozent de facto Vollbeschäftigung. Dies sind echte Traumzahlen: Für die Einwohner Bühls bedeuten sie eine sichere Existenzgrundlage. Zusammen mit der örtlichen Wirtschaft sind wir stark. Wie wichtig wirtschaftlicher Erfolg ist, sehen wir, wenn der Blick in Regionen schweift, die kaum Perspektiven für die Menschen bieten können. Wo sich Menschen um ihren bescheidenen Wohlstand sorgen, oft genug sogar um ihre Existenz fürchten, finden Vorbehalte gegenüber Zuwanderern und Fremdenhass häufig einen Nährboden. Es ist beruhigend, dass wir in Bühl eine solide Basis für ein gutes Auskommen vieler Familien haben. Eine gesicherte Existenzgrundlage und gute Chancen, etwas aus seinem Leben zu machen, sind das Kernkonzept des europäischen Gedankens und die beste Basis für dauerhaften Frieden.

Ich bin froh, dass in Bühl mit Angst und Hetzerei keine Menschen verleitet werden. Vermeintlich deutsches Kulturgut schützen zu wollen und dazu die Botschaft der friedlichen Bürgerrechtsbewegung in der ehemaligen DDR zu missbrauchen – das ist äußerst gefährlich. Wir sollten alle uns immer wieder in Erinnerung rufen, wie viele Deutsche nach dem Zweiten Weltkrieg selbst auf der Flucht waren und auf Hilfe angewiesen waren. Wir sollten nicht vergessen, wie die früheren Kriegsgegner mit viel Geld und einem Wiederaufbauplan dem zerstörten Deutschland ein Wirtschaftswunder erst ermöglicht haben. Auch wir in Bühl profitieren noch heute mit von dieser nachhaltig geschaffenen Basis, auf der heute nicht nur friedliches Nebeneinander, sondern ein echtes Miteinander gedeihlich wachsen kann. Lassen Sie mich nun zu den Eckdaten unseres Haushaltsentwurfs und den darin enthaltenen Entwicklungen kommen:

### Die **Erträge** im **Ergebnishaushalt 2015**

haben ein Gesamtvolumen von **76,6 Mio. €**

und ergeben sich aus

- Steuereinnahmen in Höhe von	55,2 Mio. €
- Zuweisungen und Zuschüssen über	9,0 Mio. €
- Entgelten und Gebühreneinnahmen mit	7,2 Mio. €
- Sonstigen Erstattungen und Erträgen mit	1,4 Mio. €
- Zinserträgen, sonstige Finanzeinnahmen und Konzessionsabgaben über zusammen	3,8 Mio. €

Dem gegenüber stehen die **Aufwendungen**

in Gesamthöhe von **78,5 Mio. €**

für die grob zusammengefassten Blöcke aus

- Personalaufwendungen mit	20,1 Mio. €
- Ausgaben für Sach- und Dienstleistungen über	8,9 Mio. €

- Sonstigen ordentlichen Aufwendungen mit	4,2 Mio. €
- Zinsaufwand für Darlehen	0,4 Mio. €
- Zuschüssen an Dritte vor allem für Kinderbetreuung und an Vereine mit	7,2 Mio. €
- Abschreibung als deutlich zu machender Wertverzehr unseres Vermögens mit immerhin auch	7,9 Mio. €
- und den gegenüber dem Vorjahr deutlich höheren Umlagen an Land und Kreis mit insgesamt	29,7 Mio. €.

Die Ist-Ergebnisse – und nicht die Planungen – von 2012/13 gelten uns beim Haushalt 2015 als feste Richtschnur. Die Einsparungen bei den Personalkosten können auch daran abgelesen werden, dass der Personal-Haushalt lediglich um 100 Tsd. € gegenüber dem Vorjahr erhöht wurde. Darin sind nicht nur die 480 Tsd. € aus Tarif- und Besoldungserhöhungen bereits eingerechnet, sondern auch die Mehrkosten aus gesetzlichen Vorgaben. Unterm Strich erwarten wir für den Ergebnishaushalt 2015 trotzdem ein planmäßiges Defizit von **1,9 Mio. €**. Warum sich dieses Defizit aller Vorausschau nach nicht vermeiden lässt und sich aber dennoch in unseren Konsolidierungsfahrplan einordnet, werde ich Ihnen im Folgenden verdeutlichen. Mit 55,2 Mio. € aus Steuereinnahmen stellt sich das Jahr 2015 planmäßig besser als das Vorjahr dar. Tatsächlich werden wir das Jahr 2014 erneut, wie bereits in den Jahren 2012 und 2013, besser als geplant abschließen können.

Dank erheblicher Nachzahlungen bei der Gewerbesteuer kann ich Ihnen heute als veranlagten Endstand für das Jahr 2014 eine Summe von 29,1 Mio. € nennen, also gut 3 Mio. € mehr als ursprünglich erwartet. Für das Jahr 2015 können wir einigermaßen verlässlich davon ausgehen, dieses Ergebnis wieder zu erreichen. Der Ansatz für die Gewerbesteuer wurde von uns deshalb mit den seit vier Jahren bestätigten 29 Mio. € in den Entwurf aufgenommen. Ebenfalls können wir davon ausgehen, in erheblichem Umfang Nachzahlungszinsen aus Gewerbesteuer zu erhalten – wenn auch nicht mehr in einem solch geradezu sensationellem Umfang wie im vergangenen Jahr. Wenn ich Ihren Blick kurz auf das Schaubild lenken darf, so können Sie sehr schön erkennen, dass die Verwerfungen der vergangenen Jahre dort nicht mehr vorkommen. Das Gesamtaufkommen erreicht zwar nicht mehr die Rekordsummen aus den frühen 2000er Jahren, zeigt aber ein sehr stabiles Bild. Hierzu haben auch unsere zwar unpopulären aber trotzdem notwendigen Entscheidungen beigetragen, die Realsteuer-Hebesätze um 30 Prozentpunkte anzuheben. Bei der Gewerbesteuer hat dies seit 2012 jährlich rd. 2,5 Mio. € an Erträgen in den Stadthaushalt gespült, die in voller Höhe in Bühl verblieben und nicht durch höhere Umlagezahlungen an Land und Bund abgeflossen sind.

Hohe Steuereinnahmen ziehen – sofern sie konjunkturell bedingt sind – hohe Umlagen nach sich. Nur ein Teil der Einnahmen, bei der Gewerbesteuer letztendlich weniger als die Hälfte, verbleibt in der eigenen Kommune.

Im Jahr 2015 erleben wir zum ersten Mal eine weitere Besonderheit der Rechensystematik im Geflecht des kommunalen Finanzausgleichs. Nachdem wir 2013 erstmals Mangelzuweisungen aufgrund des Jahresergebnisses 2011 erhielten, trifft uns in diesem Jahr eine genau aus dieser Mangelzuweisung höher berechnete Umlagebelastung. Das wäre kein Problem, wenn wir zu den chronisch klammen Kommunen gehörten, die ständig hohe Mangelzuweisungen erhalten. Wir liegen mit unserer Steuerkraft aktuell gerade so am Bedarf, der im FAG zugrunde gelegt wird. Je nach Festsetzung der Kopfbeträge durch das Finanzministerium gelten wir als „abundant“, also von Mangelzuweisungen unabhängig oder liegen darunter. Wie Sie sich erinnern, lagen wir im vergangenen Jahr knapp unter dem Bedarf und erhielten nach aktueller Rechnung rund 800 Tsd. €, im Jahr 2013 dagegen mehr als 3,7 Mio. € Mangelzuweisungen. Diese 3,7 Mio. € führen in diesem Jahr dazu, dass wir eine um etwa 190 Tsd. € verringerte Investitionspauschale erhalten werden und zum anderen um 2 Mio. € höhere Umlagen an Land und Landkreis abführen müssen.

Insgesamt nehmen wir aus Steuereinnahmen und allgemeinen Zuweisungen rd. 55,2 Mio. Euro ein. Davon fließen ab für die großen Brocken

- Gewerbesteuerumlage 5,7 Mio. €,
- Finanzausgleichsumlage 10,6 Mio. €,
- Kreisumlage 13,4 Mio. €,

in Summe der immense Betrag von **29,7 Mio. €**.

Nach Abfluss der Umlagen verbleiben uns danach noch rund **27,8 Mio. €**, die als allgemeine Finanzmittel zur Deckung unserer sonstigen, nicht durch Gebühren oder Entgelte gedeckten Aufwendungen zur Verfügung stehen. Selbstverständlich ist mir bewusst, dass wir über hohe Umlagen nicht klagen dürfen, während wir gleichzeitig die hohen Hilfszuweisungen entgegen genommen haben. Ein großer Teil der Umlagen fließt innerhalb des FAG auch als allgemeine Zuweisungen, Sachkostenbeiträge für Schulen, in die Kinderbetreuung, den Straßenunterhalt und weitere Bereiche wieder zurück. Trotzdem bleibt für 2015 der Wermutstropfen, dass die hohen Umlagen bei gleichzeitig verminderten Zuweisungen unseren noch nicht zu Ende beschrittenen Konsolidierungskurs erheblich belasten und für 2015 letztlich zu einem negativen ordentlichen Ergebnis führen. Dies wird aller Voraussicht nach das letzte Jahr sein, in dem uns äußere Schwierigkeiten der Vergangenheit die Aufstellung unseres Haushalts gehörig durcheinander bringen. Wie aus der Grafik ersichtlich ist, sind die unruhigen Jahre vorbei. Der Finanzierungssaldo, also das was nach Abzug der Umlagen von den großen Steuereinnahmen und Zuweisungen bei uns in Bühl bleibt, steht wieder bei einem Niveau von rund 28 bis 30 Mio. Euro. Natürlich bleiben auf der anderen Seite die Ausgaben trotz aktuell niedriger Inflationsrate nicht stehen. Regelmäßige und berechtigte tarifliche Lohnsteigerungen erhöhen nicht nur die Lohnkosten der Stadt, sie tragen auch zu den ohnehin genauso gleichmäßig eintretenden übrigen Kostensteigerungen bei. Wir müssen den Konsolidierungskurs deshalb konsequent weitergehen. Selbstverständlich gehört die regelmäßige Überprüfung unserer Einnahmenseite zum Pflichtprogramm, wenn wir nicht riskieren wollen, dass sich erneut die Schere öffnet zwischen stagnierenden Einnahmen und stetig wachsenden Ausgaben. Im Ergebnishaushalt stellen wir neben den Einnahmen und Ausgaben zusätzlich die früher versteckten kalkulatorischen Kosten und Erträge wie Abschreibungen oder interne Leistungsbeziehungen flächendeckend dar, um den vollständigen Ressourcenverbrauch eines Jahres aufzudecken. Wir werden nach dem Verständnis des Neuen Kommunalen Haushaltsrechts (NKHR) mehr Ressourcen verzehren als erwirtschaften. Nach sorgfältiger Einschätzung der zukünftigen Erträge und der Zielvorgaben für die Aufwendungen für die nächsten Jahre können wir jedoch zeigen, dass wir bereits ab 2016 in der Lage sein werden, ausgeglichene Haushalte vorlegen zu können. Mehr noch: wir werden Überschüsse erzielen können, so dass der Fehlbetrag aus 2015 noch innerhalb des Finanzplanungszeitraums ausgeglichen werden kann und somit, wie bereits mit dem Regierungspräsidium angesprochen, genehmigungsfähig ist.

Einen anderen Blickwinkel eröffnet der **Finanzhaushalt**, in dem ausschließlich die zahlungswirksamen Vorgänge abgebildet werden. Ohne interne Leistungsverrechnungen, ohne kalkulatorische Buchungen für Abschreibungen oder Auflösung von Zuschüssen und dergleichen erzielen wir aus dem laufenden Betrieb einen erheblichen Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von rund **4,3 Mio. €**, der für Investitionen zur Verfügung steht.

Hinzu kommen Einzahlungen aus

- Landeszuschüssen und Beiträgen mit **1,1 Mio. €**
- und geplanten Veräußerungserlösen über **2,5 Mio. €**.

Dieser Betrag soll aus dem Verkauf von Bauplätzen für Eigenheime oder Gewerbebetriebe erzielt werden, die teilweise schon beschlossen und jetzt

noch umgesetzt werden sollen.

Für Investitionen und Schuldentilgung stehen damit insgesamt **7,9 Mio. €** zur Verfügung. Diese verwenden wir mit

- **560 Tsd. €** auf den Erwerb von Grundstücken;
- **740 Tsd. €** auf den Erwerb von beweglichem Vermögen, also Fahrzeugen, Mobiliar, EDV-Ausstattung und Arbeitsgeräten;
- **470 Tsd. €** auf die Investitionsumlage an den Zweckverband Hochwasserschutz zur Finanzierung des Hochwasserstollens;
- **520 Tsd. €** auf Investitionszuschüsse an Dritte, z.B. für Kindertagesstätten, Kirchen oder Vereine sowie den Erwerb von Beteiligungswerten
- sowie **730 Tsd. €** für die Tilgung von bestehenden Krediten.

Dazu kommen bauliche Investitionen über

- **2,4 Mio. € im Hochbau**
- **2,0 Mio. € im Tiefbau**, die im Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung noch durch weitere **1,6 Mio. € für Kanal-Investitionen** ergänzt werden.

**Schwerpunkte der Investitionen** setzen wir in diesem Jahr zum Beispiel

- **in unserer Stadtmitte**  
durch die Generalsanierung des Rathauses I mit **800 Tsd. €**  
sowie der Fertigstellung des Rathauses II mit **185 Tsd. €**  
zu denen wir die Hälfte aus Stadtsanierungsmitteln des Landes erhalten;
- **im Stadtgarten**  
mit einem ersten Bauabschnitt für die Sanierung des Stadtgartenbrunnens für **250 Tsd. €**
- **beim Brandschutz** unterschiedlich z. B. im  
Friedrichsbau durch vorbeugende bauliche Maßnahmen für **120 Tsd. €**  
mit einer neuen Abgas-Absauganlage für die Feuerwehr für **220 Tsd. €**
- im Bereich **Schulen und Sport**,  
mit der Sanierung und dem weiteren Ausbau der Aloys-  
Schreiber-Schule zur Gemeinschaftsschule mit zusammen **590 Tsd. €**  
für die Sanierung der Bachschlosshalle **120 Tsd. €**
- bei der **Kinderbetreuung**  
unterstützen wir die konfessionellen Träger mit Investitionszuschüssen  
über insgesamt **130 Tsd. €**
- im **Straßen- und Tiefbau** ragen besonders heraus  
die Erschließung im erweiterten Gewerbegebiet Bußmatten  
mit einer ersten Rate von **50 Tsd. €**  
zusammen mit einer Verpflichtungsermächtigung über **800 Tsd. €**  
die Erschließung im Gebiet „Nördliche Krämergasse“ mit **100 Tsd. €**  
die Fortführung der LED-Umrüstung bei der Straßenbeleuchtung  
mit weiteren **390 Tsd. €**.

Außerdem werden wir **in den nächsten Jahren** für die schönen, aber langsam in die Jahre kommenden Mehrzweckhallen in den Ortsteilen erhebliche Sanierungsmittel aufwenden müssen. Eine Anzahl Planungsrate ist im Haushalt aufgenommen, schon jetzt zeichnet sich für die Sanierungen der Tullahalle, der Rheintalhalle und der Reblandhalle, für die Erneuerung von diversen Sportböden und Lüftungsanlagen ein Mittelbedarf im Finanzplanungszeitraum ab über insgesamt **900 Tsd. €**.

Damit wir in unserer gesamtstädtischen Entwicklung nicht stehen bleiben, sind in den zukünftigen Jahren ebenfalls erhebliche Mittel für Grunderwerb und für die Planung von neuen Wohnbaugebieten vorgesehen. Die stetige Nachfrage nach Bauplätzen zeigt, dass ein Bedarf besteht, den wir dringend decken sollten. Die Erschließung und Bebauung des Gebiets „Hofmatten“ im Ortsteil Moos ist deshalb sowohl im Eigenbetrieb als auch im Stadthaushalt schon in den nächsten beiden Jahren vorgesehen. Dies alles wollen wir ohne weitere Aufnahme von Krediten schaffen. Im Haushalt 2014 planten wir eine Kreditaufnahme über 5 Mio. € zur Teilfinanzierung des Rückerwerbs unserer Stadtwerke-Anteile von der Süwag. Es freut mich sehr, Ihnen heute berichten zu können, dass während des gesamten vergangenen Jahres die Stadtkasse an jedem Tag so gut mit Finanzmitteln, sprich Geld, ausgestattet war, dass weder die geplante Kreditaufnahme noch ein Kassenkredit bisher überhaupt notwendig wurden.

Dem vorläufigen Ergebnis 2014 nach, werden wir die Kapitaleinlage von 4 Mio. € in unsere Sportstätten GmbH tatsächlich vollständig ohne Kreditaufnahme aus dem städtischen Haushalt aufbringen können. Im Finanzplanungszeitraum haben wir damit die selbst auferlegte Vorgabe „keine weitere Kreditaufnahme“ wieder uneingeschränkt erfüllt. Durch den stetig gewährleisteten Schuldenabbau aus Tilgungen und den daraus resultierenden niedrigeren Zinslasten werden wir schrittweise unseren verlorengegangenen finanziellen Spielraum zurückgewinnen. Für die regulären Tilgungen ist ein Betrag von insgesamt 730 Tsd. € vorgesehen, der Zinsaufwand aus den bestehenden Investitionskrediten wird mit rund 340 Tsd. € zu Buche schlagen. Das uns selbst gesetzte Limit von etwa einer Million € für den Schuldendienst ist damit erneut eingehalten.

Besser als in den vorigen Jahren sieht es zudem im **Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung** für 2015 aus. Die Verschuldung im Eigenbetrieb wächst weiterhin aus dem eigenen Investitionsbedarf heraus stetig an. Der im Kommunalabgabengesetz (KAG) enthaltene zwangsläufige Verschuldungsanstieg wird von den Kommunen seit langem kritisiert. Die Kritik hat offensichtlich Gehör gefunden und in ein Anhörungsverfahren des Gesetzgebers gemündet, in dem erstmals die Bildung einer Investitionsrücklage aus Gebührenerträgen formuliert ist. Wir wollen hoffen, dass diese schon lange von den Kommunen vorgeschlagene Gesetzesänderung zur Eindämmung der Schuldenspirale tatsächlich realisiert und ins KAG aufgenommen wird. Daneben konnten wir bisher darauf verzichten, die in den zurückliegenden Stadthaushalten eingeplante Rückführung des Gründungsdarlehens tatsächlich vorzunehmen und die ohnehin hohe Schuldenlast des Eigenbetriebs für unsere sonstigen städtischen Zwecke noch zu verstärken. Die in den vergangenen zwei Jahren aufgenommenen Darlehen konnten daher vollständig im Eigenbetrieb verbleiben und dienten dort zur Finanzierung der notwendigen Investitionsausgaben. Für 2015 stehen heute noch soweit ausreichende Finanzierungsmittel bereit, dass eine Kreditaufnahme von „nur“ 412 Tsd. € ausreichend sein wird für den aktuellen Wirtschaftsplanentwurf.

Bei **Erträgen von 5,5 Mio. €** rechnen wir mit **Aufwendungen von knapp 5,3 Mio. €**, was zu einem geringen Überschuss von knapp 140 Tsd. € führen wird. Der Überschuss soll wie im Vorjahr zur weiteren Tilgung des bisher aufgelaufenen Verlustvortrages verwendet werden und entspricht damit der kürzlich von Ihnen beschlossenen Kalkulation und Gebührenhöhe für 2015. Im Investitionsbereich sollen neben der Fortführung der Eigenkontroll-Verordnung folgende wichtigste Maßnahmen in Abstimmung zum Stadthaushalt durchgeführt werden:

- Kanalerschließung der Krämergasse **100 Tsd. €**
- einer ersten Rate für das neue Baugebiet Hofmatten von **20 Tsd. €**  
das in 2016 mit 600 Tsd. € zügig fortgesetzt werden soll;
- Sanierungsarbeiten in der Benderstraße **rd. 200 Tsd. €**
- Bau eines Regenüberlaufbeckens in der Industriestraße **440 Tsd. €**

Zum weiteren Fortgang übergebe ich Ihnen nun den vorliegenden Entwurf zu Ihrer eigenen

Beurteilung und Diskussion in den Fraktionen. Wir haben gemeinsam in der Verwaltung bei der Aufstellung des Entwurfs viel Arbeit investiert, aus der langen Liste von Wünschen das Machbare herauszufiltern und mit den finanziellen Rahmenbedingungen in Einklang zu bringen. Ich wünsche Ihnen beim Studium des Haushaltsentwurfs gute Gedanken und Erkenntnisse, die Sie zu den Haushaltsberatungen am 23. und 25. Februar einbringen können. Die Verabschiedung des Haushaltsplans für die Stadt und des Wirtschaftsplans für den Eigenbetrieb sind für den **18. März** vorgesehen. Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“

### **Sachstandsbericht Eröffnungsbilanz**

Oberbürgermeister Schnurr verweist auf die ausliegende Tischvorlage.

Herr Gärtner, Finanz- und Rechnungswesen, stellt den Sachstandsbericht zur Eröffnungsbilanz der Stadt Bühl zum 1. Januar 2012 vor. Anschließend geht er auf Fragen aus der Mitte des Gemeinderats ein.

Stadtrat Dr. Rassek fragt für die FDP-Fraktion nach, wer die Grundstücke bewertet hat und nach welchem Verfahren dies geschehen ist. Außerdem möchte er wissen, wie die Bewertung für die Infrastrukturgegenstände vorgenommen wurde. Herr Gärtner teilt mit, dass die Grundstücke durch die Abteilung Liegenschaften sowie den Gutachterausschuss und die Straßen nach entsprechenden Richtlinien bewertet wurden.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadträtin Becker erläutern Frau Balaskas, Finanzen, und Herr Gärtner die Abgrenzungsposten nochmals eingehender.

Stadträtin Dr. Burget-Behm fragt nach dem Vermögenswert und dem weiteren Vorgehen.

Stadtrat Löschner verlässt vorübergehend die Sitzung und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung über diesen und die nächsten drei Tagesordnungspunkte nicht teil.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger fragt nach der Bewertungsmethode und ob nach verschiedenen Bewertungsmethoden bilanziert wurde. Herr Gärtner berichtet, dass sich die Unterschiede bei Bewertung nach verschiedenen Methoden aus seiner Sicht in Grenzen halten.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Sachstandsbericht Eröffnungsbilanz.

### **Mitgliedschaft im Gemeinderat; Nachrücken von Herrn Patric Kohler**

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stellt nach § 29 Abs. 5 der Gemeindeordnung fest, dass bei Herrn Patric Kohler kein Hinderungsgrund nach § 29 Abs. 1 – 4 der Gemeindeordnung vorliegt und er somit in den Gemeinderat nachrücken kann.

#### **Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (23 Ja-Stimmen)**

## **Verpflichtung von Stadtrat Patric Kohler**

Oberbürgermeister Schnurr spricht die nach der Gemeindeordnung vorgesehene Verpflichtungsformel wie folgt vor:

„Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Stadt gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern.“

Die Verpflichtung wird durch Nachsprechen der Worte „ich gelobe“ bekräftigt.

Die Niederschrift über die Verpflichtung ist der Sitzungsniederschrift als Anlage beigefügt.

## **Besetzung der Ausschüsse und der weiteren Gremien, in denen Mitglieder des Gemeinderats beteiligt sind**

### **Beschluss:**

Stadtrat Patric Kohler wird an Stelle von Herrn Alfred Ziegler als Mitglied des Wald-, Landwirtschafts- und Umweltausschusses, des Stiftungsvorstandes der Naturschutzstiftung Waldhägerich, der Arbeitsgruppe Stadtgrün und des Aufsichtsrats der Bühler Sportstätten GmbH sowie als stellvertretendes Mitglied des Technischen Ausschusses, des Kultur- und Sozialausschusses und des Gemeinsamen Ausschusses für die Verwaltungsgemeinschaft Bühl-Oberweier gewählt.

### **Wahlergebnis: Einstimmiger Beschluss (24 Ja-Stimmen)**

## **Wahl der Stellvertreter des Ortsvorstehers von Vimbuch**

Oberbürgermeister Schnurr berichtet, dass der bisherige noch geschäftsführende Ortsvorsteher Regenold zum 31. Januar seine Tätigkeit beenden möchte. Darum sollen jetzt die Stellvertreter des Ortsvorstehers gewählt werden, damit sie dieses Amt bis zur Bestellung des neuen Ortsvorstehers vertretungsweise übernehmen können. Er dankt Herrn Regenold für seine Tätigkeit für Vimbuch und die ganze Stadt Bühl und erwähnt, dass Herr Regenold in Vimbuch, aber auch im Rahmen einer Gemeinderatssitzung zusammen mit Ortsvorsteher Feuerer verabschiedet werden soll.

Oberbürgermeister Schnurr begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Ortschaftsrat Uwe Burkart, Herr Ortschaftsrat Volker Leppert ist entschuldigt.

### **Beschluss:**

Auf Grund des eingegangenen Vorschlags des Ortschaftsrats Vimbuch wählt der Gemeinderat der Stadt Bühl Herrn Volker Leppert zum 1. Stellvertreter und Herrn Uwe Burkart zum 2. Stellvertreter des Ortsvorstehers von Vimbuch.

### **Wahlergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)**

## **Hauptsatzung der Stadt Bühl; Beschluss der 13. Änderungssatzung**

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt die beigefügte 13. Änderungssatzung der Hauptsatzung der Stadt Bühl.

### **Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)**

### **Neufassung der Friedhofssatzung und der Satzung über die Erhebung von Gebühren im Bestattungswesen -Bestattungsgebührenordnung-**

Oberbürgermeister Schnurr verweist auf die Tischvorlage und die Anregungen zu Änderungen im Rahmen der nichtöffentlichen Vorberatung im Technischen Ausschuss im Hinblick auf die Prüfung muslimischer Bestattungsformen sowie Früh-, Totgeburten und Schwangerschaftsabbrüchen, die im Kreiskrankenhaus Bühl stattfinden.

Frau Thévenot, Stadtplanung, Hochbau und Klimaschutz, stellt den planerischen Teil der Konzeption vor, Herr Back, Bau- und Gebäudemanagement, stellt die Entwicklungstendenzen auf den städtischen Friedhöfen dar. Herr Burkart, Steuern und Beiträge, geht auf die Bestattungsgebührenordnung ein.

Stadtrat Dr. Rassek dankt für den Vortrag und die umfangreiche Vorlage. Er fragt nach dem Kostendeckungsgrad der Gebührenerhöhung. Er findet es wichtig, dass man die Kosten von Seiten der Stadt, aber auch von Seiten des Bestatters, im Rahmen hält und die Leistung für Normalbürger erschwinglich ist. Auch die Einbeziehung der Prüfung muslimischer Bestattungsformen hält er für wichtig. Er regt für die Prüfung eine Zusammenarbeit mit muslimischen Gemeinden an.

Herr Burkart zeigt die einzelnen Kostendeckungsgrade für die Gebührenarten auf.

Stadtrat Jäckel hält die regelmäßige Prüfung und Anpassung der Gebühren für richtig. Er ist froh über die Ergänzung der Satzung im Hinblick auf Früh-, Totgeburten und Schwangerschaftsabbrüche im Kreiskrankenhaus Bühl. Er sieht die Friedhofskonzeption als Erfolg an.

Stadtrat Fallert sieht das Konzept für die kommenden Jahre als sehr gut an. Den Verwaltungsvorschlag zur Gebührenanpassung sieht er als sehr gut ausgearbeitet an. Er signalisiert die Zustimmung der FWG-Fraktion zum Beschlussvorschlag.

Als richtige Entscheidung bezeichnet Stadträtin Dr. Burget-Behm die im Jahr 2008 beschlossene Friedhofskonzeption. Es gilt jetzt, die Friedhofssatzung und die Gebührensatzung anzupassen, damit man mit dem Deckungsgrad nicht abrutscht, aber trotzdem konkurrenzfähig ist. Auch die Frühchengräber sowie die Ergänzung der Satzung um Früh-, Totgeburten und Schwangerschaftsabbrüche, die im Kreiskrankenhaus Bühl stattfinden, und die Prüfung muslimischer Bestattungsformen findet sie gut. Sie erklärt die Zustimmung der CDU-Fraktion.

Stadtrat Hirn findet den planerischen Teil ästhetisch und dankt für die Präsentation der Entwicklungstendenzen. Auch die kalkulierten Gebührensätze hält er für klar ausgearbeitet.

Stadträtin Becker schließt sich dem Vorschlag einer Zusammenarbeit mit muslimischen Gemeinden an. Auch die Bestattungsmöglichkeit für die Früh-, Tot- und Fehlgeburten hält sie für wichtig.

Für die GAL-Fraktion dankt Stadtrat Seifermann für die Vorarbeit der Verwaltung. Er sieht die moderate Gebührenerhöhung für notwendig an. Die Prüfung der muslimischen Bestattungs-

formen sieht er ebenfalls als wichtig an. Die GAL-Fraktion stimmt dem Beschlussvorschlag zu.

### **Beschluss:**

- Der Gemeinderat nimmt den Bericht zur konzeptionellen/planerischen Entwicklung im Friedhofswesen zur Kenntnis und beschließt die Fortführung der sukzessiven Überplanung der Friedhöfe mit Einbeziehung der Prüfung muslimischer Bestattungsformen.
- Der Gemeinderat beschließt die beigefügte Neufassung der Friedhofssatzung
- Der Gemeinderat beschließt die beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren im Bestattungswesen -Bestattungsgebührenordnung-

### **Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)**

## **Erhöhung der Elternentgelte für die städtischen Kindertageseinrichtungen**

Stadtrat Müller verlässt die Sitzung.

Oberbürgermeister Schnurr verweist auf die ausliegende Liste, die einen interkommunalen Vergleich der Elternentgelte für Kindergartenkinder aufzeigt.

Bürgermeister Jokerst erinnert an den Beschluss vor einigen Jahren, die Entgelte regelmäßig in Abstimmung mit den kirchlichen und freien Trägern anzupassen. Zuvor gab es immer eine Differenz, die die Stadt ausgeglichen hat. Gründe für die Erhöhung sind gestiegene Personalkosten und Betriebsaufwendungen der Träger, aber auch die ausgebauten Angebote. Auch der Personalschlüssel hat sich verändert. Von Seiten des Landes gibt es außerdem eine verringerte Zuweisung.

Stadtrat Hirn hält die Erhöhung für maßvoll. Er sieht keinen anderen Weg als die Erhöhung, auch aufgrund des hohen Zuschussbedarfs. Er fragt, ob es viele Familien gibt, die diese Beiträge nicht leisten können und die Zuschüsse vom Landkreis in Anspruch nehmen.

Herr Dürk, Bildung – Kultur – Generationen, erklärt, dass einige Eltern auf den Zuschuss zurückgreifen. Eine konkrete Zahl, wie viele Eltern der Kinder, auch diejenigen, die einen kirchlichen Kindergarten nutzen, Zuschüsse erhalten, kann er nicht sagen. Die Zuschüsse sind einkommensabhängig. Neben der vollen Übernahme des Kindergartenentgelts gibt es auch eine Teilübernahme.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadträtin Becker erklärt Herr Dürk, dass eine Vorberatung im Kultur- und Sozialausschuss aus terminlichen Gründen nicht möglich war. Oberbürgermeister Schnurr sagt zu, dies zukünftig zu berücksichtigen.

Stadtrat Woytal stellt fest, dass man mit der Entscheidung zur Erhöhung der Entgelte die finanzielle Situation der Eltern im Blick haben muss, aber auch die Notwendigkeit aus Sicht der Verwaltung aufgrund gestiegener Kosten. Er sieht die Erhöhung als moderat und sozial verträglich an und signalisiert die Zustimmung der FWG-Fraktion.

Stadtrat Dr. Rassek bemerkt, dass bei diesem Punkt immer Einigkeit im Gemeinderat herrscht. Zur Anfrage von Stadträtin Becker ergänzt er, dass bei der Klausur zur Haushaltskonsolidierung im Kloster „Maria Hilf“ und in anderen Besprechungen dieses Thema schon mehrfach diskutiert wurde. Er hält es auch für richtig, dieses Thema im Kultur- und Sozialausschuss vorab zu beraten.

Stadträtin Dr. Burget-Behm sieht keine andere Möglichkeit, als die Erhöhung vorzunehmen, wenn man den Vorgaben der Gemeindeprüfungsanstalt folgen will, nämlich 20 % der Betriebskosten über Elternentgelte abzudecken. Eine kontinuierliche Anpassung findet sie angebrachter wie längere Zeit nicht zu erhöhen und dann eine starke Erhöhung durchzuführen. Als gerechter sieht sie jedoch ein Modell an, bei dem Eltern, die mehr verdienen, mehr Entgelte zahlen und Eltern, die weniger verdienen, entsprechend geringere Entgelte entrichten. Die CDU-Fraktion stimmt dem Beschlussvorschlag zu.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadträtin Dr. Burget-Behm erläutert Herr Dürk das „Württembergischer Modell“.

Stadtrat Seifermann sieht die Erhöhung zwar als unpopulär an, jedoch muss man im Rahmen der Haushaltskonsolidierung auch diese Fortschreibung durchführen. Er erwähnt den Gleichschritt mit den kirchlichen und anderen Träger und dass sich die Stadt im Vergleich mit den anderen Kommunen im unteren Mittelfeld befindet. Er sieht beim „Badischen Modell“ die Eltern im Vorteil. Er sichert die Zustimmung der GAL-Fraktion zu.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, die Elternentgelte für die städtischen Kindertageseinrichtungen ab dem 01.03.2015 und ab dem 01.03.2016 in nachfolgender Höhe festzulegen (Abrechnungsbasis 12 Monate):

Elternentgelte	01.03.2015	01.03.2016
<u>Entgelte für Kinder von 3 bis 6 Jahren:</u>		
Regelbeitrag für das Erstkind	83,00 €	85,00 €
Regelbeitrag für das Zweitkind	41,50 €	42,50 €
Inanspruchnahme verlängerter Betreuungszeiten	21,00 €	22,00 €
Beitrag Ganztagsbetreuung incl. Essen		
Betreuungszeit bis 9 Stunden/Stück	205,00 €	210,00 €
Betreuungszeit bis 10,50 Stunden/Stück (Bühler Kinderhaus und Kind & Co. Weitenung)	230,00 €	235,00 €
Ermäßigung für Zweitkinder	41,50 €	42,50 €
<u>Elternentgelte Krippenkinder (Kinder &lt; 3 J.):</u>		
Betreuungszeit bis 4,5 Stunden (Regelbetreuung)	125,00 €	128,00 €
Betreuungszeit bis 6,5 Stunden (VÖ) incl. Essen	205,00 €	215,00 €
Ganztagsbetreuung bis 10,50 Std. (GT) incl. Essen (Bühler Kinderhaus und Kind & Co. Weitenung)	330,00 €	335,00 €

**Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (24 Ja-Stimmen)**

## **Neubau RÜB „Bühler Seite“ in Altschweier; Vergabe der Ingenieurleistungen**

Auf entsprechende Frage von Stadtrat Prof. Dr. Ehinger antwortet Herr Pfeiffer, Tiefbau, Umwelt und Verkehr, dass dieses das letzte Regenüberlaufbecken ist, das gebaut werden muss. In gewerblichen und industriellen Bereichen müssen auch in den nächsten Jahren Regenklärbecken gebaut werden, beispielsweise in der Industriestraße. Regenüberlaufbecken befinden sich unter anderem am Jägerparkplatz, im Wasserbett, in der Obervogt-Haefelin-Straße und beim Bosch-Dienst in Altschweier. Insgesamt gibt es rund zwölf Regenüberlaufbecken in dieser Art.

Stadtrat Seifermann ist froh, dass das Becken jetzt gebaut wird. Auf seine Frage hin erläutert Herr Pfeiffer, dass das Becken ein Volumen von 130 m<sup>3</sup> hat.

Herr Pfeiffer führt auf Nachfrage von Stadträtin Dr. Burget-Behm aus, dass die Finanzierung größtenteils in den vergangenen Jahren erfolgt ist und die Baukosten bei rund 700.000,00 EUR liegen. Das Becken wird in Form eines Staukanals gebaut.

Aufgrund der Nachfrage von Stadtrat Löschner erläutert Herr Pfeiffer die Faktoren, die zur geplanten Größe des Beckens geführt haben.

Stadtrat Dr. Rassek fragt nach möglichen Zuschüssen. Hierauf antwortet Oberbürgermeister Schnurr, dass die Kosten von der Stadt allein getragen werden müssen.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, mit dem Ingenieurbüro Zink Ingenieure, Lauf, auf der Grundlage der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure einen Ingenieurvertrag für die oben beschriebenen Ingenieurleistungen für den Neubau des Regenüberlaufbeckens „Bühler Seite“ in Altschweier abzuschließen.

### **Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (24 Ja-Stimmen)**

## **Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft zur Unterhaltung des Deportiertenfriedhofs in Gurs/Frankreich**

Oberbürgermeister Schnurr verweist auf die ausliegende Informationsbroschüre. Er erinnert, dass auch Bühler Bürger auf dem Friedhof bestattet sind.

Stadtrat Hirn ist verwundert, dass seit der ersten Initiative der Stadt Karlsruhe im Jahr 1957 erst in den letzten Jahren wieder Städte die Sensibilität entwickelt haben und jetzt beitreten. Er findet es richtig, der Arbeitsgemeinschaft beizutreten.

Bürgermeister Jokerst erläutert, dass man von der Arbeitsgemeinschaft erst durch den Beitritt der Stadt Rastatt erfahren hat.

Stadträtin Dr. Burget-Behm sieht es als Pflicht an, der Arbeitsgemeinschaft beizutreten.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger findet es eine moralische Verpflichtung, das Gedenken an die dort Verstorbenen in Ehren zu halten.

Stadtrat Dr. Rassek pflichtet Stadtrat Hirn bei. Er findet den Beitritt gut und auch dass dies jetzt ein Tag nach den Gedenkfeiern zum 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz geschieht.

Stadtrat Teichmann erinnert auch an die Gedenkfeiern zur Befreiung des Konzentrationslagers in Auschwitz und zitiert in diesem Zusammenhang aus einer Studie der Bertelsmann-Stiftung.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt den Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft zur Unterhaltung des Deportiertenfriedhofs in Gurs/Frankreich mit einer Einstandszahlung von 5.922,80 € und einer jährlichen Beitragszahlung von 300,00 €

**Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (24 Ja-Stimmen)**

**Öffentlich- rechtliche Vereinbarung zwischen dem Regionalverband Mittlerer Oberrhein und den Städten Baden-Baden, Bühl, Gaggenau, Gernsbach und Rastatt aus Anlass der Ansiedlung eines Möbelhauses in Rastatt an der Raentaler Straße**

Frau Thévenot, Stadtplanung, Hochbau und Klimaschutz, geht auf den Hintergrund der Vorlage ein.

Stadtrat Böckeler erinnert daran, dass wieder Fläche auf der grüne Wiese verplant und ein Markt außerhalb der Innenstadt geschaffen wird. Er ist für lebendige und attraktive Innenstädte. Er stimmt dem Beschlussvorschlag nicht zu.

Stadträtin Dr. Burget-Behm signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion zum Beschlussvorschlag. Der Kaufkraftabfluss ist nicht mehr nur durch die grüne Wiese zu befürchten, dem man durch den Vertrag zuvorkommen will, sondern auch durch das Internet.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger findet es gut, dass der Vertrag geschlossen werden soll. Er sieht die Lage wie Stadtrat Böckeler, ist jedoch der Meinung, dass sich Möbelhäuser in der Innenstadt schwer tun. Er signalisiert die Zustimmung der FWG-Fraktion.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem der Gemeinderatsvorlage beigefügten Raumordnerischen Vertrag zur Ansiedlung eines Möbelhauses in Rastatt zu und ermächtigt den Oberbürgermeister, diesen Vertrag zu unterzeichnen.

**Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, keine Stimmenthaltung**

**Spenden und Zuwendungen an die Stadt Bühl von Anfang Oktober bis Dezember 2014 (+ Nachträge 2013/14)**

**Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die in der Anlage zur Gemeinderatsvorlage einzeln aufgeführten Spenden/Zuwendungen gem. § 78 Abs. 4 GemO im Namen der Stadt Bühl an.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (24 Ja-Stimmen)**

## **Berichte und Anfragen**

### **Bekanntgabe des Oberbürgermeisters**

#### Entwicklung der Fahrgastzahlen beim Anruf-Linien-Taxi

Der Bericht liegt auf den Tischen aus.

### **Sozialbericht**

Stadtrat Jäckel fragt nach dem Sozialbericht. Er bittet darum, diesen wieder auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu nehmen.

Stadträtin Becker ergänzt, hierzu auch die verantwortlichen Personen einzuladen.

### **Hochwasser**

Stadträtin Becker fragt nach der Hochwasserproblematik und die dazu angekündigte Informationsveranstaltung für die Bürger.

Oberbürgermeister Schnurr berichtet, dass am Freitag dieser Woche ein Zwischenbericht des beauftragten Büros zugesagt wurde. Allerdings fehlen noch einige Daten, dies führt noch zu Verzögerungen. Die Veranstaltung soll aber auf jeden Fall im ersten Halbjahr 2015 stattfinden. Er verweist auch auf die im Haushaltsplanentwurf vorgesehenen Maßnahmen.

### **Neue Sporthalle**

Stadtrat Teichmann berichtet von Bürgern, die ihn beim letzten Volleyballspiel auf ein Vordach bei der Neuen Sporthalle angesprochen haben. Er schlägt weiter vor, bei Regen entsprechende Schirme oder Zelte aufzustellen.

### **Standort neues Feuerwehrhaus Vimbuch/Balzhofen/Oberweier**

Stadtrat Kohler fragt nach dem neugeplanten Feuerwehrhaus Vimbuch/Balzhofen/Oberweier und dem weiteren Verfahren.

Oberbürgermeister Schnurr verweist auf die nichtöffentliche Vorbehandlung im Gemeinderat und auch im Ortschaftsrat Vimbuch. Er möchte auch in Balzhofen eine Bürgeranhörung durchführen, da die Bürger dort direkt betroffen sind. Schlussendlich ist ein Grundsatzbeschluss im Gemeinderat notwendig.

### **Umbau Rathaus II**

Stadtrat Dr. Rassek fragt nach dem Ende des Umbaus des Rathauses II.

Oberbürgermeister Schurr berichtet, dass dies Mitte April der Fall sein wird.

Zur Beglaubigung:

Der Oberbürgermeister

Die Stadträte/innen:

Hubert Schnurr

Der Schriftführer:

Marc Vollmer